

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.06.2023

Inhalt

EWN

1 Vorarbeiten für Rügener LNG-Terminal laufen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.06.2023</i>	3
2 Ostbeauftragter soll sich um LNG-Terminal kümmern <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 10.06.2023</i>	4
3 Frankreich verstaatlicht Stromkonzern <i>DIE WELT, 09.06.2023</i>	5
4 Neue Forschungs Kooperation für die sichere Entsorgung von hochradioaktivem Abfall <i>idw-online.de, 09.06.2023</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.06.2023 | S. 14

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Christopher Hirsch

Vorarbeiten für Rügener LNG-Terminal laufen

Mittlerweile finden auch in Mukran Arbeiten statt - trotz des Widerstands und noch ausstehender Gesetzesänderungen.

Das Verlegeschiff ist reserviert, Vermessungsschiffe im Einsatz, Rohre werden begutachtet ungeachtet des anhaltenden Widerstands gegen das Projekt laufen die Vorarbeiten für das in Mukran auf Rügen geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG). „Die Aufbereitung der Rohre erfolgt auf dem Gelände des Hafens Mukran, im Prinzip am Ort der jetzigen Lagerung“, erklärte ein Sprecher des Gasnetzbetreibers Gascade.

Das Unternehmen soll die rund 50 Kilometer lange Anbindungsleitung vom Gasleitungsknotenpunkt in Lubmin durch den Greifswalder Bodden, entlang Rügens Küste bis nach Mukran bauen. Die Bundesregierung hatte dazu in Mukran lagernde Rohre gekauft, die noch vom Bau der deutsch-russischen Ostseepipeline Nord Stream 2 stammen. „Die Rohre werden gebürstet, gewaschen und überprüft. Dazu sind in einem Zelt Geräte auf dem Hafengelände aufgebaut worden“, teilte Gascade mit. Zudem sollen neun Rohre in ein Testzentrum des Verlegeunternehmens Saipem geliefert werden. „Sie werden dort für die Qualifizierung von Schweißern benötigt.“

Als Verlegeschiff hat sich Gascade bereits die „Castoro 10“ reserviert, die bereits beim Bau der Nord-Stream-Leitungen zum Einsatz kam. Den laufenden Einsatz

von Vermessungsschiffen entlang der geplanten Trasse habe das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) genehmigt, sagte der Gascade-Sprecher.

Noch im Juni will die Firma Antragsunterlagen beim zuständigen Bergamt Stralsund einreichen. Für den ersten Abschnitt der geplanten Leitung laufe das seinerzeit vom Energieunternehmen RWE eingereichte Genehmigungsverfahren weiter. Für den zweiten Abschnitt einschließlich des veränderten Verlaufs müsse neu beantragt werden.

Gascades angestrebter Zeitplan ist straff: Genehmigung durch das Bergamt im August, Offshore-Baggerarbeiten ebenfalls im August, Verlegearbeiten ab September und technische Fertigstellung Ende Dezember. Der Bund hofft, das Terminal noch im Winter in Betrieb nehmen zu können.

Damit das klappt, müssten die Behörden vor Ort zügig genehmigen. Das setzt eine Aufnahme des Standortes in das LNG-Beschleunigungsgesetz voraus. Das Bundeskabinett hat eine Gesetzesänderung bereits beschlossen. Am Freitag will sich der Bundesrat damit befassen. Auch der Bundestag muss sich damit beschäftigen.

Ostbeauftragter soll sich um LNG-Terminal kümmern

Mukran. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, soll sich für den Bund um das geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG) in Mukran auf Rügen kümmern. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur soll er sich als Ständiger Beauftragter des Bundes für Mukran etwa um die Kommunikation mit Vertretern vor Ort kümmern. Das Büro des SPD-Politikers war zunächst nicht für eine Bestätigung zu erreichen. Vertreter der Gemeinde Binz, die zu den ent-

schiedensten Gegnern des geplanten Terminals zählen, forderten den Beauftragten auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Vorhaben bis auf Weiteres nicht voranschreitet. Sie kritisieren, durch das Terminal werde der für die Insel wichtige Tourismus und die Umwelt gefährdet. Außerdem würden Überkapazitäten geschaffen. Der Bund argumentiert, das Terminal werde für die Versorgungssicherheit benötigt.

Frankreich verstaatlicht Stromkonzern

EDF hatte viele Probleme. Renaissance der Kernkraft

Während in Deutschland im April die drei letzten Meiler abgeschaltet worden sind, sieht sich Frankreich vor einer Renaissance bei der Ausweitung der Kernkraft. Probleme bei den großen Ausbauplänen hat in den vergangenen Monaten aber ausgerechnet der zuständige Stromkonzern EDF gemacht. Damit soll Schluss sein. Seit Donnerstag ist das verschuldete Sorgenkind wieder komplett in staatlicher Hand. Für Deutschland dürfte das eine gute Nachricht sein.

Risse und Hitze machen französischen Meilern im vergangenen Sommer zu schaffen. Und weil in Frankreich auch noch Instandsetzungsarbeiten an den in die Jahre gekommenen Anlagen durchgeführt werden, produziert monatlang nur etwa die Hälfte der dortigen 56 Atomkraftwerke Strom. Gepaart mit Einbußen bei der Wasserkraft bescherte das Frankreich 2022 letztlich eine so geringe Stromproduktion wie seit 30 Jahren nicht mehr und zwang das Land mitten in der Energiekrise zum verstärkten Stromimport - auch aus Deutschland.

Diese instabile Versorgungslage will Paris nun Geschichte sein lassen. "Wir können die Kontrolle über unsere Stromerzeugung zurückgewinnen", sagte Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire zur Verstaatlichung von EDF. Der Konzern soll die Produktion von den 279 Terawattstunden im vergangenen Jahr wieder hochtreiben auf 350 Terawattstunden, so schnell wie möglich sollen sechs neue Meiler gebaut

werden. Die Energieautonomie Frankreichs würde so gestärkt.

In Deutschland wird man hoffen, dass sich die französische Stromproduktion mit der Verstaatlichung tatsächlich stabilisiert - und das obwohl erst im Frühjahr erneut Risse an Meilern entdeckt wurden und die Kontrollarbeiten bis zum kommenden Frühling andauern sollen. Denn während Deutschland Frankreich in der Krise Strom lieferte und im Ausgleich dafür Erdgas erhielt, zeigen die aktuellen Strommarktdaten der Bundesnetzagentur, dass die Bundesrepublik seit Mai wieder mehr Strom aus dem Nachbarland erhält, als es abgibt.

Noch steht aber nicht fest, wie schnell EDF die Produktion hochfahren kann. Versorgungsunsicherheiten könnten auch den nächsten Winter prägen. Frankreich will daher - und um bei der Energiewende voranzukommen - auch bei den Erneuerbaren Tempo machen, vor allem bei der Windkraft. Mit der Erzeugung von Strom aus Wind in Deutschland kann Frankreich bisher bei weitem nicht mithalten. Doch die Windräder sind in Teilen der französischen Bevölkerung zudem äußerst unbeliebt. Die Mitte-Regierung setzt nun verstärkt auf Offshore-Anlagen. Frankreichs lange und windreiche Küsten am Atlantik und am Mittelmeer eignen sich laut Stromnetzbetreiber RTE gut für schwimmende Parks.

Neue Forschungsk Kooperation für die sichere Entsorgung von hochradioaktivem Abfall

Oliver Perzborn Referat Kommunikation, Marketing Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM)

Berlin, 09.06.2023. Wie lange sind Behälter mit hochradioaktivem Abfall technisch sicher? Und welcher Behälter eignet sich für welches Endlager? Dazu hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zwei neue Forschungsprojekte unter Federführung der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) initiiert. Beide Projekte sind im April 2023 gestartet und haben jeweils eine Laufzeit von drei Jahren.

„Für das BASE steht als Genehmigungsbehörde die Sicherheit der nuklearen Entsorgung an erster Stelle. Auch nach dem Abschalten der letzten Reaktoren müssen die radioaktiven Hinterlassenschaften zunächst oberirdisch in Zwischenlagern und später in tiefen geologischen Formationen in einem Endlager sicher aufbewahrt werden. Das BASE hat ein Forschungsprogramm initiiert, das in beiden Themenbereichen sicherheitstechnische Aspekte der Behälter unter die Lupe nimmt“, so Jochen Ahlswede, Leiter der Abteilung Forschung und Internationales im BASE. Auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werde in den Projekten eine Rolle spielen.

„Die sichere Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle für viele Jahrzehnte stellt sehr hohe Anforderungen an die Materialien der Transport- und Lagerbehälter“, so Dr. Holger Völzke, Leiter des BAM-Fachbereichs Sicherheit von Lagerbehältern. „Wir untersuchen hierzu beispielsweise die Langzeitbeständigkeit der Dichtungen, um diese auch für eine verlängerte Zwischenlagerung von mehr als 40 Jahren bewerten zu können. Gleichzeitig entwickeln wir Anforderungen und Prüfkriterien für die späteren Endlagerbehälter, auf deren Grundlage diese entwickelt und geprüft werden können.“

Behälter bleiben mehrere Jahrzehnte in Zwischenlagern

Derzeit lagert der in Deutschland angefallene hochradioaktive Abfall in Transport- und Lagerbehältern in 16 deutschen Zwischenlagern. Die Behälter sind für eine Zwischenlagerung von 40 Jahren genehmigt. Die ersten Genehmigungen laufen 2034 und damit vor Bereitstellung eines Endlagers aus. Die Betreiber müssen

daher rechtzeitig neue Genehmigungen beantragen.

Zusätzliche Erkenntnisse darüber zu gewinnen, inwieweit die Transport- und Lagerbehälter den hochradioaktiven Abfall auch über längere Zwischenlagerzeiträume weiterhin sicher einschließen, ist das Ziel des Forschungsprojekts „Erweiterte Langzeituntersuchungen an Metaldichtungen mittels kontinuierlicher Kraftmessung im verpressten Zustand“. Im Fokus stehen dabei die Metaldichtungen der Behälter. In dem Forschungsprojekt werden sie in speziell entwickelten Versuchsvorrichtungen über längere Zeiträume verschiedenen thermischen und mechanischen Belastungen ausgesetzt. Mit Hilfe der dabei gewonnenen Messdaten können dann verbesserte Prognosemodelle zu ihrem Langzeitverhalten entwickelt werden.

„Klar ist allerdings: Zwischenlager und die darin lagernden Behälter können den notwendigen Schutz von Mensch und Umwelt nur für eine begrenzte Dauer gewährleisten. Langfristig müssen die hochradioaktiven Abfälle in jedem Fall in einem Endlager in tiefen geologischen Formationen sicher aufbewahrt werden“, erläutert Ahlswede.

Behältersystem ist wichtige Komponente im Endlager

Welcher Endlagerbehälter sich für welchen Gesteinstyp des späteren geologischen Endlagers eignet, dieser Frage geht daher das Forschungsprojekt „Konkretisierung der Anforderung an Endlagerbehälter und Entwicklung von Prüfkzepten“ nach. Dazu werden die verschiedenen Anforderungen hergeleitet, denen die Behälter in Steinsalz, Ton- oder Kristallingestein genügen müssen, um die notwendigen Sicherheits-

funktionen zu erfüllen. Zum Hintergrund: Die Frage, in welchem Gesteinstyp in Deutschland ein Endlager errichtet wird, wird in einem aufwändigen Auswahlverfahren – auf Grundlage des Standortauswahlgesetzes sorgsam entschieden. Daher müssen bereits im Verlauf des Auswahlverfahrens geeignete Behälterkonzepte als wesentlicher Bestandteil der möglichen Endlagerkonzepte entwickelt werden.

Im zweiten Forschungsprojekt werden daher nicht nur die Anforderungen an die Behälter selbst konkretisiert, sondern auch mögliche Prüf- und Bewertungs-

maßstäbe entwickelt, nach denen entschieden werden kann, welche Behälterbauart letztlich am besten geeignet ist. Hierbei beziehen die Forschenden die internationale Entwicklung von Behälterkonzepten mit in ihre Arbeit ein.

Die erarbeiteten Ergebnisse wird das BASE im Hinblick auf Sicherheitsfragen in der Zwischen- und Endlagerung auswerten und veröffentlichen. Die Abschlussberichte der beiden Projekte werden als Open-Access-Publikation öffentlich zugänglich sein.